

13. Januar 2002: Auch wir aus dem Nordwesten Berlins ehren Karl und Rosa

PDS Reinickendorf. Ausgabe Januar 2002

Ältestenrat



Von Renate Herranen

Also, als Vorbemerkung, der Ältestenrat ist nicht für die ganz Alten in der BVV konzipiert worden. Ich gehe da ja auch hin. Dort wird die Tagesordnung für die nächste Sitzung besprochen und die anderen organisatorischen Angelegenheiten der Bezirksverordnetenversammlung. So eine Tagesordnung kann sehr lang und umfangreich sein. Die Sitzungen des lokalen Parlaments sollen jedoch nur fünf Stunden dauern. Weil darauf geachtet werden muss, dass die Zeit reicht, wird im Wege der Übereinkunft festgelegt, welche Drucksachen unbedingt behandelt werden müssen. Das verstehe ich alles, obwohl ich neu in der BVV bin.

Was ich aber nicht verstanden habe ist, war der Umgang mit einem Ersuchen, in dem es um die Pflege der Gedenkplatte für die Widerstandsgruppe »Mannhart« geht. Das wurde per Konsens in den Bauausschuss überwiesen. Ich dachte, es wäre eine Selbstverständlichkeit, dass Gedenktafeln in unserem Bezirk auch gepflegt werden.

Doch war dies kein Antrag von mir, sondern von einem Vertreter der SPD. Diese scheint keinen Wert darauf zu legen, Peinlichkeiten der Bezirksverwaltung öffentlich zu machen.

Statt dessen ist ein großes Schaulaufen der Bezirksbürgermeisterin in Sachen Verlegung eines Teils des Krankenhauses aus dem Bezirk heraus zu erwarten. Dies ist wirklich ein unverständlicher Vorgang. Nur: War das nicht schon alles mit dem Krankenhausplan im Jahr 1999 beschlossene Sache?



Berlin-Friedrichsfelde im Jahr 2001

Foto: Erich Wehnert

Aktion

■ Am Sonnabend, dem 19. Januar 2002 um 15.00 Uhr findet die Mitgliederversammlung der PDS Reinickendorf zur Wahl des neuen Bezirksvorstandes statt. Ort: »Roter Laden«, Schloßstraße 22, 13507 Berlin-Tegel.

■ Die nächste Mitgliederversammlung am 23. Februar 2002 um 15.00 Uhr wird sich mit den ersten vier Wochen der Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin befassen. Eine prominente ReferentIn, möglichst eine SenatorIn, wird angefragt. Ort: »Roter Laden«.

■ Neue Termine für das Borsigwalder Forum gibt es im März dieses Jahres.

Tiefe Einschnitte, aber auch ein Mehr an Demokratie

Bemerkungen zum Koalitionsvertrag aus Reinickendorfer Sicht

Da hatten nun viele den Untergang des Abendlandes erwartet, wenn die Postkommunisten an der Hauptstadtregierung beteiligt werden. Und nun liegt der Koalitionsvertrag vor und das Erschrecken hält sich in Grenzen. Aus Reinickendorfer Sicht ist folgendes zu bemerken: ein Bad soll geschlossen werden, das in der Cité Foch. Darüber wird noch zu reden sein. Die Planungen für die Tangentialverbindung Nord werden aufgegeben – ist da jemand traurig? Der Flughafen Tegel geht endlich seinem verdienten Ende zu.

Andererseits: Die Finanzen der Bezirke, besonders die Personalmittel, werden weiter gekürzt, die Kosten für die Sozialhilfe sollen gesenkt werden. Auch Kindertagesstätten und Schulen werden weiterhin Probleme mit ihren Ressourcen haben. Aber schon hier wird deutlich: die neue Koalition verlegt die Verantwortung für die



Von Robert Scholz

Gestaltung auf die unteren Ebenen. Mehr Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte werden den Bezirken bzw. den Schulen anvertraut. Das ist ein neuer Stil. Alles von oben durchzusetzen, weil die da unten es angeblich nicht könnten – diese Politik der Großen Koalition ist beendet. Dass die Erweiterung der Rechte der bezirklichen Selbstverwaltung, der Willen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, nicht nur die Neueinhebung von Spielwiesen bleiben, dafür tragen künftig auch die Bürgerinnen und Bürger Verantwortung, die zum

Engagement bereit sind.

Ein weiteres Beispiel: Die Beteiligung Berlins am Netzwerk Gesunde Städte, gerade erst beschlossen, vom Reinickendorfer Bezirksamt in Zeiten der Dominanz der CDU schnöde behandelt, wird ein Eckpfeiler der Gesundheitspolitik. Die bezirkliche Gesundheitspolitik wird darauf reagieren müssen. Ihre Eingriffsmöglichkeiten können erweitert werden, jedoch nur wenn mit den Menschen über den Zusammenhang von sozialen und gesundheitlichen Problemen geredet wird.

Die neue Koalition unter Beteiligung der PDS versucht einen Neuanfang für diese Stadt, weg vom Beton hin zu den Menschen. Das ist eine Chance – nutzen wir sie.

Die PDS Reinickendorf bietet allen Bürgerinnen und Bürgern den Dialog über die neue Senatspolitik an.

Warum PDS?



Von Gerhard Maierhöfer

Das fragen mich viele meiner Bekannten und Freunde, wenn sie zufällig oder beabsichtigt von meinem Beitritt zur PDS Reinickendorf erfahren – oft noch Kopf schüttelnd verbunden mit der Einfügung »gerade die«.

Ich habe zweimal ernsthaft erwogen in einer Partei mitzumischen. Das erste Mal als Willy Brandt sein »mehr Demokratie wagen« in die erste Regierungserklärung der Sozial-Liberalen

Koalition schrieb. Dann kam aber der »Macher« Schmidt – der für mich immer in der »falschen« Partei war! Zu Kohlschen Zeiten erschien mir die Grünen-Partei als eine sinnvolle inhaltliche Alternative. Nur, ich fand den Streit zwischen Fundis und Realos von Anfang an kontraproduktiv.

Nun, nachdem sich die sogenannten Staatstragenden um die Mitte streiten und jeder noch Mit-tiger sein will, will ich die unterstützen, die glaubhaft eine linke Politik propagieren und realisieren wollen.

Denn was ich politisch will, weiß ich:

Demokratie ist für mich der Versuch, mit friedlichen Mitteln einen Ausgleich von Gruppenegoismen zu organisieren! Die PDS will die direkte Demokratie stärken. Sie hat meine Unterstützung dafür.

Die Schere zwischen Arm und Reich muss verringert werden. Ich bin nicht aus Altruismus dafür, dass meine Mitmenschen ein lebenswertes Leben führen können, sondern aus wohlverstandenen Egoismus: Was du nicht willst, das man dir tut, ...

Ausbeutung – in welcher Form auch immer – ist eine sozialpolitische Sackgasse. Sozialer Friede ist ein Shareholder Value für alle und nicht nur für Kapitalbesitzer. Die PDS kämpft dafür. Über das WIE muss man streiten. Soweit ich kann, will ich mich beteiligen. Denn: Wer kontrolliert die Global Player? An welche Regeln müssen die sich halten? Fühlt sich Daimler-Chrysler der »Sozialbindung des Eigentums« verpflichtet? Wenn nein, warum nicht? Je größer ein Wirtschaftsbetrieb ist, desto mehr, finde ich, muss dies der Fall sein. Das ha-

ben die Väter des Ahlener Programms der CDU 1946 schon richtig gesehen!

NATO ja, als Verteidigungsbündnis gegen Angriffe feindlicher Staaten. NATO als Instrument zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen, nein! Was bitte genau ist die »gewachsene politische Verantwortung Deutschlands in der Welt«, derentwegen die Bundeswehr von einer Verteidigungs- in eine Interventionsarmee umgerüstet werden muss? Wenn nicht Krieg gegen die »Schurkenstaaten«, die Terroristen unterstützen, was dann? Roland Claus, der Vorsitzende der PDS-Fraktion im Bundestag, sieht da auch ein Problem, worauf die PDS noch eine Antwort finden muss.

Es lohnt sich darüber zu streiten – in der PDS, mit ihr und für sie. Darum PDS!



Nach der Weihnachtspause wieder geöffnet: Der »Rote Laden«

Foto: Erich Wehnert

In eigener Sache

Diese Reinickendorfer Beilage zur Landeszeitung der PDS wird vom Bezirksverband finanziert. Spenden sind ausdrücklich erwünscht: PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Konto-Nummer: 43 84 81 68 12. Post an: »Roter Laden«, Schloßstraße 22, 13507 Berlin-Tegel.

Sie erreichen uns von montags bis freitags immer zwischen 15.00 und 18.00 Uhr persönlich im Ro-

ten Laden. Telefonisch sind wir zu diesen Zeiten auch unter 43 73 26 30 ansprechbar.

Internetnutzer können weitere Informationen unserer Homepage www.pds-reinickendorf.de entnehmen. Wollen Sie sich schriftlich an die PDS Reinickendorf wenden, dann können Sie dies per Fax 43 73 26 32 oder per E-Mail pds.reinickendorf@t-online.de tun.

Impressum

Herausgegeben vom PDS-Bezirksvorstand Reinickendorf. V.i.S.d.P.: Robert Scholz.

Queens und Tegel

Risiken innerstädtischer Flughäfen (Teil 2)

Der übervolle Flughafen Tegel (im Jahr 2000 flogen über zehn Millionen Passagiere von Tegel) soll die Attraktivität des neuen Flughafens Berlin-Brandenburg steigern. Eine kuriose Begründung. Eher scheint es da wahrscheinlich, dass es sich die übriggebliebenen Kalten Krieger einfach nicht vorstellen können, von einem Flughafen im Osten – in der Pampa – losfliegen zu müssen.

Begründet wird es fadenscheinig damit, dass es rechtlich nicht möglich wäre, die Fluglinien zu einer Gleichverteilung zu zwingen. Aber auch das hat die BI gegen das Luftkreuz durch eine Anfrage bei der EG geklärt. Wenn die Bundesregierung als zuständige Regulierungsbehörde die drei Berliner Flughäfen per Gesetz zu einem sogenannten Flughafensystem erklären würde, wäre es möglich, wenn man es politisch will. Dass es geht, zeigt der Fall Mailand, wo man so eine Aufteilung zwischen dem neuen und alten Flughafen vorgenommen hat. Die Verteilung muss nur »diskriminierungsfrei«, d.h. alle Fluggesellschaften müssen gleichermaßen »betroffen« sein. Das wäre dann der Fall, wenn die Regionalflieger in Tempelhof, die innerdeutschen Flüge in Tegel und die europäischen und internationalen Flüge in Schönefeld abgewickelt werden würden. Langstreckenflieger, die beim Start wesentlich mehr Kerosin mitführen, wären damit aus der Innenstadt verbannt. Der Flugzeugabsturz bei Stockholm zeigt deutlich, dass bei Abstürzen in

freies Gelände der Unfall vergleichsweise glimpflich abgehen kann. Das havariierende Flugzeug konnte durch den Flugkapitän auf einer freien, schneebedeckten Fläche, wie sie zweifellos in Schönefeld eher vorhanden sind als in der Berliner Innenstadt, notgelandet werden. Die Maschine war Schrott, aber die Menschen blieben nahezu unverletzt! Wie gesagt, bis jetzt fehlte der politische Wille!

Wenn auch Sie der Meinung sind, dass dieser Zustand unhaltbar und unzumutbar für die Anwohner ist – und selbst in Pankow fühlen sich die Menschen gestört und bedroht (und haben deshalb auch eine BI gegründet) – dann schreiben Sie doch bitte an den Regierenden Bürgermeister und den Senator für Verkehr und fordern, dass endlich der Flughafen Tegel bis zur Eröffnung des neuen Flughafens in Schönefeld entlastet wird. Jede Meinungsäußerung, die die Regierenden erreicht, erzeugt letztendlich Wirkung in Ihrem Sinne. Bedenken Sie, Tegel war ursprünglich für 5,5 Millionen Fluggäste pro Jahr geplant. Nun sollen 11,5 – 12 Millionen Passagiere pro Jahr in den nächsten Jahren durch Tegel geschleust werden. Ein Unding, wenn man bedenkt, dass sowohl Tempelhof wie auch Schönefeld wegen des geringen Passagieraufkommens hohe Defizite verursachen!

Marion Lubina –
PDS-Reinickendorf,
Gerhard Maierhöfer –
BI gegen das Luftkreuz